

Drucksache

der

(noch namenlosen und sich im Aufbau befindenden)

vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen

Ausgabe 1, März 2008

Inhalt

Aufruf zu einer vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen	2
Ergänzungen und Konkretisierungen zum „Aufruf zu einer vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen“	6
Die Ereignisse an der Universität Bremen im Zusammenhang mit den §129a Ermittlungen im Mai 2007	10
Zu den aktuellen politischen Verfolgungen nach §129a	11
Vorstellung des AK Bildungspolitik der Uni Düsseldorf	16

Aufruf zu einer vernetzenden Organisierung von BildungsaktivistInnen

von AStA Uni-Bremen, LiSA (Uni-Bremen), AG-Nordnetz TU Braunschweig

19.11.2007

1. Motivation

Emanzipatorische Politik an Hochschulen hat in den vergangenen Jahren kaum Erfolge feiern können, dafür aber um so mehr Niederlagen einstecken müssen. Der Entwicklung des gesamten Bildungswesens hin zu einer Fabrik, in der hochqualifiziertes Humankapital produziert wird, konnte kaum etwas entgegen gesetzt werden. Im Gegenteil werden die Hochschulen und alle anderen Bildungsinstitutionen im Zuge der neoliberalen Ökonomisierung aller Lebensbereiche immer umfangreicher für die Ziele einer weltweiten kapitalistischen Ordnung eingespannt und ihnen deren Prinzipien dabei immer stärker aufgezwungen. Studiengebühren machen Hochschulbildung für weite gesellschaftliche Teile unmöglich oder zu einem umfangreichen individuellen finanziellen Lebensrisiko. Der Bologna-Prozess wandelt das zumindest in seiner Theorie von wissenschaftlicher Erkenntnis geleitete Studium zu einer rein berufsqualifizierenden Ausbildung. Inhalte werden in diesem Rahmen ersetzt durch Methoden, die im späteren Beruf inhaltsunabhängig angewandt werden sollen. Der gezielte Rückzug des Staates aus der Finanzierung des Bildungswesens hat die Hochschulen in eine neue Konkurrenzsituation gebracht, in deren Rahmen sie ihre gesamte interne Struktur auf Markt- und Managementprinzipien umstellen und ihre Lehr- und Forschungstätigkeiten an privaten Drittmittelflüssen ausrichten. Die Abkehr vom Abitur als einheitliche Hochschulzugangsberechtigung trennt besser als jemals zuvor die „richtigen“ von den „falschen“ Studierenden.

All diese Entwicklungen, die Universitäten und Fachhochschulen dem identischen Ziel einer Sekundarstufe 3 entgegenbringen, haben zwei grundsätzliche Tendenzen. Sie verstärken die gesellschaftlichen Selektionsmechanismen, um Menschen effektiver dort hinzuleiten, wo sie innerhalb der herrschenden Verhältnisse von Nutzen sind, und sie verstärken die Konditionierung der Menschen auf diese Verhältnisse, auf das

sie sich nahtloser darin einfügen. Als Folge ist der Raum für kritische Wissenschaft, die auf die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, und für emanzipatorische Erkenntnisprozesse schon jetzt fast vollständig verschwunden.

Die defensive Situation, in der sich emanzipatorische Kräfte an Hochschulen gegenwärtig befinden, ist zu weiten Teilen der gesellschaftlichen Dominanz einer marktliberalen Weltanschauung geschuldet, die WissenschaftlerInnen und Studierende gleichermaßen verinnerlicht haben. Sie liegt aber auch an einer massiven inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Schwäche emanzipatorischer Politikansätze und ist damit zumindest in Teilen selbstverschuldet. Die Kritik an den Veränderungen an Hochschulen wurde in den vergangenen Jahren fast nie in einen wahrnehmbaren gesellschaftlichen, oder nur hochschulpolitischen Zusammenhang gestellt, der den individuell überall anders erfahrbaren Problemen auf den gemeinsamen Grund geht. Zu oft wurden ausschließlich staatlich finanzierte Bildungsinstitutionen als politische Utopie ausgegeben oder bloß für einen scheinbar erhaltenswerten Status-Quo eingetreten. Hinzu kommt, daß die Art und Weise der Besetzung anderer als der aktuellen hochschulpolitischen Themenfelder wie Studiengebühren oder Studiengangsschließungen oft nicht zu einer Sensibilisierung, sondern zu einer Abgrenzung der politischen Aktiven geführt hat. Praktische Ansätze von Protest und Widerstand haben jedoch weder im Studiengebührenprotest noch zu anderen Themen zu irgendeinem Zeitpunkt eine ernstzunehmende Handlungsoption für eine breitere „Studierendenbewegung“ dargestellt. Inhaltliche und praktische politische Arbeit finden seit vielen Jahren in kleinen, vor allem ortsgebundenen Zusammenhängen statt. Strategien für ein stärkendes gemeinsames Handeln fehlen vollständig. Die bestehenden überregionalen Organisirungen aus Partei- oder von Parteien vereinnahmten Verbänden bietet zudem strukturell keine Perspektive für eine emanzipatorische, hochschulübergreifende politische Arbeit, sondern erschweren diese noch.

Um dem neoliberalen Umbau der Hochschulen und der Gesellschaft eine wahrnehmbare und vor allem ernstzunehmende Utopie von freier Bildung in einer eben solchen Gesellschaft entgegenzusetzen, soll dieses Papier den Beginn einer neuen, vernetzenden Organisierung emanzipatorischer, an Hochschulen verorteter politischer Strukturen und Zusammenhänge darstellen. Darüber soll eine neue Grundlage geschaffen werden, für eine wieder verstärkt gemeinsam geführte inhaltliche Debatte um ehrgeizige politische Ziele und eine kraftvolle politische Praxis.

2. Kritik des Bestehenden

Da es unser vordringliches Anliegen ist, die selbstgemachten Schwächen in der Organisierung emanzipatorischer Kräfte im Bildungswesen auszuräumen, ist es notwendig, die diesbezügliche Situation der vergangenen Jahre zu rekapitulieren. Mehr oder weniger relevant waren hier der freie Zusammenschluß der Studierendenschaften (fzs) als selbsternannter bundesweiter Dachverband aller Studierenden in Deutschland, der eine oder andere studentische Parteiverband und die nach der bundesweiten Streikwelle im WS 03/04 entstandenen überregionalen und bundesweiten losen Vernetzungsstrukturen. Auf diese soll hier jeweils näher eingegangen werden.

Kritik am fzs

Der freie Zusammenschluss von StudentInnenenschaften (fzs) sieht sich selbst als die Vertretung von über einer Million Studierenden in Deutschland. Trotz dieser scheinbaren Masse ist seine Wirkung gleich Null – nicht (nur) wegen einer falschen Politik seiner Mitglieder, sondern auf Grund seiner Struktur. Das einzige, was ihm zu gute gehalten werden könnte, wäre die scheinbar positive finanzielle Unterstützung der nicht verfassten Studierendenschaften in Bayern und Baden-Württemberg. In der Praxis sieht diese jedoch so aus, dass nur für formalisierte Strukturen wie LandesASTenKonferenzen und Fahrten zu fzs-Tagungen Mittel zur Verfügung gestellt werden. So legitimieren die „Süd-Asten“ letztendlich nur den fzs, ohne

daß hiervon die Studierenden im „Süden“ substantiell gestärkt werden.

Durch sein Selbstverständnis als Vertretung aller Studierenden nimmt der fzs alle Studierendenschaften unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung auf. Dabei kann aus Legitimationsgründen nur die gewählte Exekutive einer Studierendenschaft stimmberechtigt an den fzs-Gremien teilhaben, wodurch eine Fixierung auf institutionalisierte Gruppen mit festen Hierarchien bedingt ist. Basisarbeit hingegen wird nicht gefördert. Das steht dem emanzipatorischen Anspruch, den der fzs zu haben vorgibt, diametral entgegen. Auch in Bezug auf Rechtsextremismus gibt sich der fzs mit dem Arbeitskreis AntiFa stets kritisch, kritisiert aber in der Praxis die Mitarbeit von Burschenschaftlern und selbst Neonazis in Organen von Mitgliedsstudierendenschaften nicht. Ein Ausschluss rechter Asten wäre mit dem Vertretungsanspruch nicht vereinbar.

Innerhalb des Verbandes setzt sich die starke Hierarchisierung fort. Der Vorstand führt praktisch alle Geschäfte des fzs, nimmt die Außenvertretung wahr, soll Basiskontakte herstellen und beteiligt sich an den meisten inhaltlichen Arbeitskreisen. Er wird so zur Schaltzentrale des Verbandes und damit interessant für KarrieristInnen und Parteinauwuchs. Seine Wahl ist ein endloser inhaltsleerer Kampf zwischen existierenden und imaginären Flügeln, an dessen Ende die KandidatInnen mit dem schwammigsten Profil und den meisten Versprechen in Hinterzimmergesprächen gewählt werden.

Nach außen tritt der fzs als realpolitischer Lobbyverband auf, da eine konkrete politisch-strategische Ausrichtung nicht mit dem (Allein)vertretungsanspruch vereinbar ist. Als solcher muss er sich affirmativ auf die etablierte politische Ordnung beziehen, denn Lobbyarbeit ist die Beeinflussung der politisch Mächtigen zu Gunsten einer Interessensgruppe. Eine antagonistische Politik ist weder gegenüber den etablierten Strukturen, noch gegenüber ihren Entscheidungen möglich. Die Begrenzung der Möglichkeiten auf „konstruktive Mitarbeit“ wird beim fzs an der Haltung zum Bolognaprozess, der nur als falsch umgesetzt kritisiert wird und durch die Mitarbeit des fzs zusätzliche Legitimation erfährt, sowie der nur formalen Unterstützung des Widerstandes gegen Studiengebühren deutlich. So ist der fzs für konstruktive und progressive Strömungen nicht geeignet, was nicht

zuletzt daran erkennbar ist, dass ihm seit Jahren die Mitglieds-Asten davon laufen und deshalb die Mitgliederwerbung die einzig verbliebene Aktivität darstellt.

Der fzs war, ist und bleibt ein unverbesserlicher bürokratisierender Vertretungsapparat, der emanzipatorischer Politik strukturell entgegenwirkt. Er ist von einer ernsthaften linken Position aus nicht reformierbar. Für emanzipatorische studentische Politik gibt es ihm gegenüber nur eine Perspektive: Abschaffen!!!

Kritik an den parteipolitischen Hochschulverbänden

Hochschulverbände die einer Partei nahe stehen oder dieser gar angehören, erheben zwar keinen Alleinvertretungsanspruch für alle Studierenden, sind aber statt dessen intern hierarchisch organisiert und stellen ein viel genutztes Karrieresprungbrett für NachwuchspolitikerInnen dar. In ihrer Politik sind sie mehr oder weniger auf die Linie ihrer Partei beschränkt, können eine strömungsübergreifende Vernetzung also nicht leisten und bieten damit keine Lösung der Organisationsfrage. Eine Zusammenarbeit mit ihnen ist für nicht hierarchisch und antiparlamentarisch eingestellte Gruppen über punktuelle Bündnisse hinaus aufgrund der unterschiedlichen politischen Ziele und Praxen nicht möglich.

Kritik an den offenen Vernetzungsstrukturen der vergangenen Jahre

Neben den mehr oder weniger formalisierten Zusammenhängen, wie fzs, LandesAstenKonferenzen etc. gab es in den letzten Jahren verschiedene Ansätze alternativer Vernetzungsstrukturen. Ihnen gemeinsam war der Wunsch über eine Vernetzung von AktivistInnen aus Asten und anderen, eventuell in der Studierendenschaft oppositionellen, Gruppen gemeinsame Aktionen durchzuführen und inhaltlich zu begründen. Dabei sollte keine übergeordnete Organisation oder sonstwie geartete Institutionalisierung geschaffen werden, nach außen sollte die Vernetzungsstruktur gar nicht auftreten. Zwischen 2003 und 2007 gab es in diesem Kontext unter anderem das „Nordnetz“, das „Ostnetz“, das „Westnetz“ und die „bundesweiten Vernetzungstreffen“. All diese Strukturen sind mittlerweile fast vollständig zerbrochen und ihre Aktivitäten zum Erliegen gekommen. Gründe dafür gibt es viele, die auch in der gewählten Organisationsform liegen.

Durch die Offenheit der Treffen und der Inhalte hingen Ablauf und Inhalte der Treffen

sehr stark von der ausrichtenden Gruppe ab. Da viele Treffen sich an tagespolitischen Fragestellungen und der aktionistischen Reaktion darauf orientierten während eine Analyse der Situation ausblieb, konnte weder inhaltliche noch personelle Kontinuität geschaffen werden. Gruppen, die gerade andere Fragestellungen bearbeiteten bleiben außen vor. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Studiengebührenboykott, der mit den Boykottvernetzungstreffen das Ende der Nordnetztreffen und den Zerfall der Struktur einläutete.

In den lokalen Gruppen war die Beteiligung an den Treffen stark von dem Engagement einzelner Personen abhängig, da Vernetzung oft nur als Bonus nicht als Notwendigkeit angesehen wurde (und wird). Dadurch entwickelte sich eine starke Personengebundenheit und eine geringe Verbindlichkeit des Besprochenen. Von einigen Gruppen kamen fast zu jedem Treffen die gleichen Leute und bildeten mehr und mehr einen engeren Kreis, der die Offenheit beeinträchtigte und zu informellen Hierarchien aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen führte.

Insgesamt boten die offenen Vernetzungsstrukturen teilweise gute Ansätze und haben einige Erfolge, wie die Nord-, Süd-, Ostdemos, koordinierte Aktionen, den „Ya Basta“-Reader oder zuletzt die G8-Bildungsdemos zu verzeichnen, sind aber letztendlich zerbrochen oder tendenziell zu überregionalen Parties verkommen. Aus den Fehlern dieser Zusammenhänge wollen wir lernen und auf ihrer Basis ein neues Konzept studentischer Vernetzung entwickeln. Denn entgegen den verschiedenen Verbänden entstand die Vernetzung aus der Basis heraus und wurde auch immer aus ihr heraus getragen, was eine notwendige Voraussetzung für eine emanzipatorische Politik darstellt.

3. Perspektive

Zielsetzung und Anspruch

Uns eint der grundsätzliche Konsens der Utopie eines für alle Menschen entsprechend ihrer Interessen zugänglichen und von äußeren Zwängen freien Bildungswesens. Dieses Ideal ist untrennbarer Teil der Idee einer solidarischen Gesellschaft, die auf einem gemeinsamen Miteinander, statt einem konkurrierenden Gegeneinander aller Menschen beruht. Um in diese Richtung wirken zu können, soll die von uns ange-

strebte vernetzende Organisierung mehr Raum schaffen, um über eine gemeinsame politische Problemanalyse von unterschiedlichen Betroffenheiten zu einem stärkeren Bewußtsein für die Notwendigkeit von gemeinsamen Perspektiven und gemeinsamen Handeln zu gelangen. Damit soll ein Gegengewicht zu einer vertretungsorientierten und in der Gedankenwelt neoliberaler Realpolitik gefangenen Lobbyarbeit geschaffen werden. Eine emanzipatorische Entwicklung des Bildungswesens, wie der gesamten Gesellschaft, läßt sich nicht durch eine weitere Legitimierung der ohnehin allumfassend und weltweit vorherrschenden Verhältnisse erreichen. Es bedarf vielmehr einer umfassenden und massenhaften, theoretischen und praktischen Delegitimierung der Grundprinzipien der nach und nach alles andere verschlingenden Marktlogik.

Wen vernetzen/organisieren

An dem uns vorschwebenden Ort sollen sich deshalb bewegungsorientiert, basisdemokratisch, undogmatisch und emanzipatorisch arbeitende Gruppen und Einzelpersonen¹ zusammenfinden, die die Hochschule als Ort ihrer politischen Aktivität begreifen. Dies bezieht Asten und auch Menschen aus anderen institutionalisierten Strukturen, die darum bemüht sind, diesen Ansprüchen in ihrer alltäglichen politischen Arbeit gerecht zu werden, mit ein. Eine strategische, kontinuierliche Zusammenarbeit mit parteipolitischen und sonstigen vertretungsorientierten Organisationen erachten wir auf Grund der unterschiedlichen Zielvorstellungen für nicht sinnvoll. Die Möglichkeit taktischer, punktueller Bündnisse mit solchen Gruppierungen soll dies jedoch nicht grundsätzlich ausschließen. Die uns vorschwebende vernetzende Organisierung soll sich nicht an politisch geographischen Grenzen, insbesondere nicht der zwischen den Bundesländern, orientieren. Dies soll eine politisch ungenügende Praxis überwinden, in der sich viele ausschließlich an den spezifischen Ausprägungen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik einzelner Bundesländer verschleifen. Zu anderen bestehenden Organisationsversuchen

¹ Natürlich ist es uns daran gelegen, jede Person mit den oben stehenden Ansprüchen zu vernetzen, ob sie nun in einer Basisgruppe, sonst wie oder gar nicht organisiert ist. Jedoch sind wir der Auffassung, daß es sowohl aus der Perspektive von Einzelpersonen, sowie auch auf Grund eines emanzipatorischen, bewegungsorientierten Vernetzungsgedankens her sinnvoller ist, sich zuerst in lokalen Strukturen in seinem direkten Lebensumfeld zu organisieren, anstatt in einem abgehobenen, überregionalen Zusammenhang, der mit der persönlichen Lebensrealität der/des Einzelnen nichts mehr zu tun hat.

dieser Art versteht sich unser Ansatz, sofern er nicht gar aus diesen hervorgeht, nicht als Konkurrenz sondern als eine stärkende solidarische und gleichsam kritische Ergänzung.

Das Wissen um eine solche vernetzende Organisierung und die Einladung sich an dieser zu beteiligen sollen jederzeit offen und breit gestreut werden, jedoch soll dabei immer und offensiv vermittelt werden, in welchem politisch-inhaltlichen Kontext sich eine aktive Teilnahme bewegt.

Grundsätze der vernetzenden Organisierung

Hierarchiefreiheit

Als egalitäre Organisierung haben wir nicht den Anspruch irgend jemand zu vertreten oder auch nur innerhalb der Vernetzung unnütze und kontraproduktive Vertretungs- und Entscheidungsstrukturen aufzubauen. Im Delegiertenfall soll ausschließlich das imperative Mandat Berücksichtigung finden. Wir sind kein Club. Es gibt keine Mitgliedschaft.

Freiwilligkeit

Wenn jemandem eine Entscheidung nicht paßt, er/sie etwas nicht mittragen oder mitmachen will, macht er/sie es einfach nicht. Auf diese Weise soll Raum für verschiedene Ansätze gegeben und Dogmatismus ausgeschlossen.

Basisdemokratie

Entscheidungen werden immer von allen an einer Sache Beteiligten gemeinsam getroffen ..

Konsensprinzip

.. und deshalb auch immer von allen Beteiligten gemeinsam getragen. Abstimmungen werden dadurch überflüssig!

Kontinuität

Unser Ziel ist es nicht uns in Bezug auf tagesaktuelle Erscheinungen punktuell zusammenzuschließen. Wir vertreten vielmehr die Auffassung, daß alle gegenwärtigen politischen Einzelentscheidungen auf Grund einer ihnen innewohnenden und von uns abgelehnten gesamtgesellschaftlichen Tendenz zu Stande kommen. Daher soll unser Organisationsansatz weder zeitlich begrenzt, noch auf Vernetzungstreffen beschränkt sein, sondern sich an langfristigen Strategien für ein solidarisches Bildungswesen in einer solidarische Gesellschaft orientieren.

persönlicher, direkter Austausch

Wir wollen keine Organisierung durch unpersönliche, gesichtslose und bürokratische Vertretungsapparate, sondern den intensiven und direkten Austausch möglichst vieler Menschen, um politische Aktivität auf eine möglichst breite und von vielen getragene inhaltliche und praktische Grundlage zu stellen.

nicht sexistisch, nicht nationalistisch, nicht rassistisch

Wenn mensch das noch erklärt werden muß, kann er/sie/es ab hier aufhören zu lesen und gehen!!!

Strukturelle Offenheit nach außen

Einbringen soll sich einE jedeR, wenn er/sie den Grundsätzen der Vernetzung offen gegenüber steht. Möglich werden soll dies über eine, dem bewegungsorientierten Ansatz entsprechende, offensiv betriebene Außenwirkung.

Transparenz nach innen

Informelle Hierarchien in Form von unterschiedlichen Wissens- oder Informationsständen sollen vermieden werden. Dafür bedarf es einer kontinuierlichen und umfangreichen horizontalen Kommunikation innerhalb der Vernetzungsstruktur. Dazu gehört einerseits die konsequente Weitergabe von Informationen und andererseits der permanente Austausch von politischen Positionen und Erfahrungen.

Arbeitsweise

Die Vernetzung/Organisierung tritt nicht als politisch eigenständige, übergeordnete Institution nach außen auf. In der Ablehnung von Vertretungsansprüchen und der festen Delegierung von Verantwortungen, bildet sie statt dessen den organisatorischen Rahmen für die politische Auseinandersetzung emanzipatorischer Gruppen und Zusammenhänge. Dieser möglichst hierarchiefrei und transparent verfaßte Rahmen soll aus vierteljährlichen allgemeinen Vernetzungstreffen, themenspezifischen Arbeitsgruppen, halbjährlichen Seminarwochen und einer geeigneten technischen Kommunikationsstruktur zwischen den Treffen bestehen. Um eine Koordinierung dieser Räume kontinuierlich aufrecht zu erhalten, soll ein rotierend zusammengesetzter Koordinierungskreis eingerichtet werden, welcher ausschließlich organisatorische Aufgaben übernimmt.

Die notwendige Finanzierung einer solchen vernetzenden Organisierung soll nach

einem solidarischen Prinzip erfolgen, in dem diejenigen Gruppen und Zusammenhänge, die über Geld verfügen, dieses einsetzen, um anderen die Beteiligung an der Vernetzung ebenfalls zu ermöglichen. Das gleiche Prinzip soll bei aus der Vernetzung heraus entstehenden Projekten zur Anwendung kommen. Dabei muß jedoch darauf geachtet werden, daß die Abhängigkeit von einzelnen Organisationen, wie beispielsweise Asten, nicht zu einem Hindernis für die politisch formulierten Ziele führt.

Auf Grund der nicht beabsichtigten Institutionalisierung einer neuen übergeordneten, politischen Hierarchie- und Entscheidungsebene, sehen wir keine Notwendigkeit für eine einheitliche Erscheinung des Vernetzungszusammenhangs in Form von Logos oder einer noch umfassenderen gleichschaltenden Ästhetik. Diese macht für uns nur in solchen Einzelfällen Sinn, in denen sie einen nennenswerten Beitrag für eine gemeinsame, bewegungsorientierte politische Praxis darstellt.

Vernetzungstreffen

Die vierteljährlichen Treffen sollen eine breite Kommunikations- und Austauschplattform über aktuelle Themen, Ereignisse, Aktivitäten und Pläne der Gruppen bilden und auf die Entwicklung gemeinsamer Positionen und Handlungsperspektiven zu aktuellen politischen Themen und Ereignissen abzielen. Inhaltliche Positionierung und die Planung gemeinsamer Handlungsansätze – also die Bereiche Inhalt und Organisation – sollen dabei niemals parallel abgehandelt werden, da sich in der Vergangenheit gezeigt hat, daß hierdurch eine zunehmende Spaltung in DenkerInnen und OrganisiererInnen stattfindet. Die Treffen sollen an möglichst unterschiedlichen Tagungsorten stattfinden. Sie sollen Arbeitstreffen und keine mehrtägigen Parties darstellen.

Arbeitskreise

Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sollen die inhaltliche Arbeit zu den Hintergründen aktueller Themen und Ereignisse, sowie die organisatorische Arbeit zu Aktivitäten und Plänen die mehrere an der Vernetzung beteiligte Gruppen gemeinsam bearbeiten wollen, leisten. Die Arbeitskreise oder -gruppen sollen punktuell und intensiv auf den Vernetzungstreffen aber falls notwendig auch darüber hinaus kontinuierlich arbeiten.

Arbeit zwischen den Treffen

Zwischen den Treffen sollen sich alle Beteiligten gegenseitig darüber auf einem

gemeinsamen Stand halten, was an den verschiedenen Orten passiert, woran die einzelnen Gruppen arbeiten und wie sie ihre jeweilige Lage einschätzen. Falls Arbeitskreise zwischen den Treffen arbeiten, sollten sie alle ausführlich über ihre Arbeit informieren. Der Fokus sollte dabei auf der Information liegen. Die inhaltlichen Debatten sollten gemeinsam mit allen auf den Treffen geführt werden, da eine ausdifferenzierte inhaltliche Auseinandersetzung medienvermittelt nicht produktiv ist.

Seminarwochen

Auf den nach Möglichkeit in jeden Semesterferien stattfindenden Seminarwochen werden Themen bearbeitet, die in der auf aktuelle politische Entwicklungen und Tendenzen bezogenen Arbeit notwendigerweise zu kurz kommen. Dazu gehört insbesondere eine intensive Beschäftigung mit grundsätzlichen Fragestellungen der politischen, wissenschaftlichen und philosophischen Theorie sowie die Reflexion der eigenen Arbeit.

Koordinierungskreis

Die Funktion des Koordinierungskreises, die keine politische ist, soll darin bestehen, den Raum für die Kommunikation zwischen den einzelnen lokalen Gruppen her- und sicherzustellen, ohne dabei alle anderen Beteiligten aus dieser Pflicht zu entlassen. Dies bezieht sich deshalb ausschließlich auf die organisatorische Vorbereitung der Vernetzungstreffen (Infrastruktur, Einladungen, Koordinierung der jeweiligen inhaltlichen Themenschwerpunkte², etc.). Jeweils zwei Gruppen sollen den Koordinierungskreis bilden. Nach jedem Treffen wird eine Gruppe ausgetauscht, so dass immer eine erfahrenere und eine einzuarbeitende Gruppe die Arbeit gemeinsam übernehmen. Nach jeweils zwei Treffen gibt dementsprechend die Gruppe, die die Aufgabe schon für zwei Vernetzungstreffen übernommen hat, die Koordinierung weiter.

Grundsatzklärung

Die an der organisierenden Vernetzung Beteiligten, sollen sich ausgehend von diesem Papier darum Bemühen eine weitergehende politisch-strategische Positionierung

² Das Ziel einer kontinuierlichen gemeinsamen politischen Arbeit setzt voraus, daß Vernetzungstreffen kein reiner Selbstzweck zum Wiedersehen von coolen Leuten ist. Es bedarf deshalb in der Planung, Organisation und Durchführung solcher Treffen – die nicht vollständig von der Koordinierungsgruppe geleistet, sondern eben nur koordiniert werden soll – mehr als zeitlich definierte, aber ansonsten inhaltsleere Workshopphasen, die dann spontan gefüllt werden sollen.

vorzunehmen und als Grundlage für ihr gemeinsames Handeln festzuhalten. Diese soll den gegenwärtigen theoretischen und praktischen Anspruch emanzipatorischer, an Hochschulen verorteter Politik deutlich machen, im Rahmen dieses Grundsatzes aber immer veränderbar bleiben.

Ergänzungen und Konkretisierungen zum „Aufruf zu einer vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen“

von LiSA Uni Bremen, AG Nordnetz TU Braunschweig

Nach der Veröffentlichung des „Aufrufs zu einer vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen“ im November 2007 entstand eine Reihe von Diskussionen und Debatten, um die darin enthaltenen Ideen und Schlußfolgerungen. Diese fanden unter anderem einen Rahmen in der „BundesAstenKonferenz“ (BAK) vom 22. Bis zum 25. November, die studentische Organisation zum Thema hatte, statt. Auf Grund des Verlaufs der zahlreichen Gespräche, Ermunterungen, Zustimmungen, Kritiken und Auseinandersetzungen wollen wir mit diesem Papier versuchen, einige der aus unserer Sicht kontroversen oder einfach nur unklar gebliebenen Punkte zu konkretisieren und unsere Positionen dazu noch einmal deutlicher herauszuarbeiten.

Utopie oder politische Zielsetzung

Warum Utopie

Politisches Handeln ohne Utopie ist nicht möglich, denn alles Zukünftige ist utopisch. Die heute herrschende Meinung will uns weis machen, dass alles utopische tot und unrealistisch ist. Und das aus gutem Grund! Eine politische Utopie weist immer in die Zukunft, kreidet Missstände in der Gegenwart an und macht Lösungsvorschläge und das heißt immer, den Status quo radikal, also an die Wurzel gehend, in Frage zu stellen. Die herrschende Logik einer auf ökonomischen, sozialen und kulturellen Herrschaftsstrukturen aufbauenden Gesellschaftsordnung verteidigt jedoch ganz automatisch - zur Selbsterhaltung - einen Status Quo. Aus ihrer Perspektive heraus ist ganz natürlich jegliche Art von politischer Utopie und der daraus resultierenden fundamentalen Kritik gefährlich, da sie eine Deutungshoheit über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Frage stellt.

Genau aus diesem Grund ist eine politische Utopie notwendig. Sie erlaubt uns unabhängig von den herrschenden Verhältnissen - soweit dies überhaupt möglich ist - die Vorstellung einer Zukunft zu schaffen, die unseren Bedürfnissen entspricht; die darum bemüht ist, den grundlegenden Bedürfnissen aller Menschen gerecht zu werden

und nicht nur denen einer kleinen gesellschaftlichen Minderheit. Auf diese Weise ist es erst die Utopie, die es uns ermöglicht, die Grenzen der gesellschaftlichen Logik zu überwinden und von der Realität ausgehend einen politischen Handlungsrahmen zu entwerfen, der darauf hinarbeitet, den Status quo in Richtung unserer Wünsche zu überwinden.

Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Utopie zu bezweifeln oder gar abzulehnen bedeutet im Umkehrschluss unweigerlich die Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse als die bestmöglichen. Dieser Ablehnung - die auch an Universitäten und von Studierenden oft nicht mehr begründet, sondern vom gesellschaftlichen Konsens übernommen wird - folgen die allorts stattfindenden Abwehrkämpfe allein zu Gunsten des „geringeren Übels“, folgt der Drang, die widrigen Verhältnisse und damit politische Entscheidungen ein paar Jahre zurückzudrehen und darüber wieder gemütlich zu machen. Den Schlusstrich unter ein solches Engagement zieht meist recht bald die Erkenntnis, nicht überall zugleich kämpfen zu können und dennoch ein ums andere Mal den allgemeinen neoliberalen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen unterlegen zu sein. Die Abwesenheit einer klaren Perspektive stellt für uns deshalb eine der selbstgemachten Schwächen der linken und emanzipatorischen Zusammenhänge an den Hochschulen dar. Ihnen und nicht den Studierenden an sich zu mehr Handlungsfähigkeit zu verhelfen, ist unser Ziel.

Unsere Utopie einer freien Bildung in einer freien Gesellschaft

Herunter gebrochen auf unsere jetzige Situation heißt das, daß wir momentan einen Abwehrkampf gegen die Privatisierung und die Kommerzialisierung in der Bildungslandschaft führen. In unserem politischen Alltag kämpfen wir für ein staatlich finanziertes Bildungswesen; ist es wirklich das, wo wir hin wollen?

Nein! Uns schwebt viel mehr ein Ort vor, in dem ein/e jede/r ohne Zwang hinkommen kann, um sein/ihr Wissen mit anderen zu teilen, es selbst weiter zu geben oder es

von anderen zu erhalten. Ein solcher Ort kann jedoch nur in einer freien Gesellschaft existieren und diese freie Gesellschaft ist unsere Utopie, unser Ziel.

Was dies heißt, muß gemeinsam weiter umrissen und verständlich gemacht aber vor allem auch stetig weitergedacht werden.

Struktur & Arbeitsweise der vernetzenden Organisation

Wir wollen keinen Gegenverband!!!

Wir wollen keinen Gegenverband zum fzs gründen. Nichts läge uns ferner als uns auf das elitäre, antiemanzipatorische, systemimmanente Geklüngel einzulassen. In unserem Aufruf zu einer vernetzenden Organisation haben wir immer wieder deutlich gemacht, warum wir den fzs ablehnen, nämlich auf Grund seiner Struktur. Eine Alternative zum fzs ist es deshalb nicht, einen „besseren“ Dachverband als alternative studentische Kollektivpersönlichkeit zu schaffen. Dieser wäre letztlich genauso elitär, bewegungsfeindlich und würde genauso kontinuierlich an politischer Radikalität verlieren.

Nicht die Gründung einer Organisation für Studierende, sondern die Organisation der an den Hochschulen politisch aktiven Studierenden ist unser Anliegen!!! Diese Aktiven vertreten nur sich selbst. Allerdings nicht als Zwangskollektiv, sondern auf der Basis freier Vereinbarungen zwischen (Basis-)Gruppen. Das bedeutet, die Organisation selbst tritt in der politischen Praxis nicht in Erscheinung, sondern die beteiligten Gruppen. Diese behalten so ihre politische Unabhängigkeit und werden nicht in ein politisches Korsett gezwängt.

Wen organisieren?

Studentisch oder inhaltlich ausgerichtet? Organisation?

Auf der Bundesastenkonzferenz in Berlin ist im Bezug auf die Frage, welche politischen Strukturen und Zusammenhänge vernetzt werden sollen, teilweise aneinander vorbeigeredet worden. Obwohl wir in unserem „Aufruf zu einer vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen“ deutlich gemacht haben, daß es uns um eine

Zusammenarbeit von „bewegungsorientiert, basisdemokratisch, undogmatisch und emanzipatorisch arbeitende Gruppen und Einzelpersonen [geht], die die Hochschule als Ort ihrer politischen Aktivität begreifen“, wurde dies weniger bewußt kritisiert als vielmehr in seiner inhaltlichen Dimension nicht wirklich nachvollzogen.

Die Aussage aus dem Aufruf beinhaltet explizit einen ausschließenden Charakter der von uns angedachten vernetzenden Organisation. Sowohl mit rassistischen, nationalistischen, sexistischen GedankenträgerInnen als auch mit parteibuchtreuen RealpolitikerInnen genauso wie mit linksdogmatischen Wahrheitsfetischisten, oder bloß mit Menschen, die nicht bereit sind, sich gedanklich von den Zwängen ihrer gegenwärtigen Lebensbedingungen loszusagen, ist in einem emanzipatorischen Sinne, der vor keinen gesellschaftlichen Zwängen und Grenzen Halt macht, keine konstruktive und progressive politische Arbeit möglich. Aber genau um diese geht es uns. Deshalb wollen wir all diejenigen lokalen Gruppen und Zusammenhänge zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit bewegen, die eine entsprechende Analyse und Utopie der universitären und gesellschaftlichen Situation teilen beziehungsweise diesen aufgeschlossen gegenüberstehen. Uns geht es nicht um die Schaffung eines Ortes, der die Zusammenkunft aller unterschiedlichen politischen Auffassungen, Positionen, Strömungen und Gruppierungen innerhalb der Studierenden zum Ziel hat. Wir wollen eine Zusammenarbeit erreichen, die emanzipatorischen und undogmatischen Gruppen die Möglichkeit zu einer konstruktiven inhaltlichen Debatte um gemeinsame politische Ziele und Methoden ermöglicht und darüber eine Rückwirkung auf eine stärker gemeinsame politische Praxis hat.

Dieses Anliegen bedeutet nicht, daß wir inhaltlich weiter gefaßte Zusammenkünfte oder taktische, punktuelle Bündnisse mit Gruppen oder Institutionen aus einem breiteren kritischen gesellschaftlichen Spektrum ausschließen wollen, uns also politisch einigeln wollen würden. Im Gegenteil halten wir unter anderem solch große und themenbezogen stattfindende Treffen wie BundesAktivenKonferenzen (BAK) oder andere Vernetzungstreffen ebenso für notwendig, um die eigenen Inhalte in breiter geführte Diskurse einzubringen.

Welche Strukturen organisieren (Asten oder Politgruppen)?

Kaum zur Kenntnis genommen und diskutiert wurde auf der Bundesastenkonzferenz in Berlin die in unserem Aufruf vertretene Auffassung, nicht die offiziellen studentischen Vertretungsstrukturen (Asten), sondern lokal an den Hochschulen agierende politische Gruppen miteinander zu vernetzen. Dies rührt aus dem Verständnis und vor allem auch der praktischen Erfahrung der vergangenen Jahre, daß politische Kontinuität nicht über jährlich wechselnde Wahlämter (AStA-ReferentInnen, -VorständlerInnen, etc.) gewährleistet werden kann. Hierfür braucht es stabilere, mit höherer zeitlicher und inhaltlicher Konstanz agierender Zusammenhänge. Zwei Ebenen kommen dabei in Frage: die der lokalen Politgruppen und die der bundesweit agierenden Institutionen. Letztere widersprechen jedoch nicht nur grundsätzlich unserem Anspruch von Basisdemokratie und Herrschaftsfreiheit, sondern haben in den vergangenen Jahren auch praktisch bewiesen, daß sie nichts weiter als abgehobene und oftmals realpolitischierende Wasserköpfe darstellen, die für die politische Realität an den einzelnen Hochschulen keine Rolle spielen. Ihre bloße Existenz stärkt nicht die politische Basis an den Hochschulen, sondern schwächt sie.

Die Basis der politischen Vernetzung von offiziellen studentischen Strukturen in unabhängige lokale Gruppenzusammenhänge zu verlagern ist deshalb die konsequente Schlußfolgerung. Notwendig hierfür ist vor allem eine lokale Debatte in diesen Gruppenzusammenhängen über die Notwendigkeit eines solchen Schrittes. Denn nur wenn er als neue Form der Zusammenarbeit von den lokalen Gruppen - und nicht von Einzelpersonen in diesen Gruppen - aktiv getragen wird, hat er eine Perspektive.

Im Positiven erwarten wir hier über eine kontinuierliche, stärker als bisher auch strategisch ausgerichteten (Zusammen)arbeit neben der Stärkung linksradikaler hochschulpolitischer Positionen vor allem ein größeres Bewußtsein für die politischen Schranken der verfassten Studierendenschaft. Diese haben über mehrere Jahrzehnte hinweg zu einem stark eingeschränkten politischen Bewußtsein beigetragen, so daß politisches Denken und Handeln an Hochschulen heute fast ausschließlich auf hochschulspezifische Themen beschränkt ist. Unsere Hoffnung ist hier über eine andere und stärkere Zusammen-

arbeit lokaler Gruppen die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragen und Zusammenhängen wieder intensiver in die Hochschulen hineintragen, die Hochschulen als gesellschaftliche Räume wieder stärker politisieren zu können.

In unserem Aufruf schrieben wir neben der Fokussierung als lokale politische Zusammenhänge jedoch, daß die vernetzende Organisation auch für Asten und solche Menschen aus anderen institutionalisierten Strukturen offen sein soll, die, trotz ihres zwangsorganisatorischen Korsetts, darum bemüht sind, dem politischen Grundkonsens der vernetzenden Organisation in ihrer alltäglichen politischen Arbeit gerecht zu werden. Diese Inkonsistenz ist bisher zwei politischen Realitäten geschuldet gewesen.

Zum einen existieren an vielen Hochschulen neben den offiziellen studentischen Vertretungsstrukturen keine unabhängigen politischen Zusammenschlüsse (mehr). Die Asten in dieser Situation auszuschließen hieße, eine beachtliche Zahl aktiver Menschen nicht auf Grund ihrer Positionen - sondern auf Grund der allgemeinen organisatorischen Schwäche - zu deren Überwindung wir doch gerade einen Beitrag leisten wollen - potenziell außen vor zu lassen. Da uns deshalb ein organisatorischer Kompromiss in Teilen notwendig erscheint, wollen wir ihn hier weiter konkretisieren. Wir neigen insbesondere nach der Bundesastenkonzferenz stark dazu, Asten nicht generell als Institutionen in die vernetzende Organisation mit einzubeziehen. Statt dessen halten wir es für sinnvoll die vernetzende Organisation für Menschen, die lokal als Einzelpersonen ohne festen Gruppenzusammenhang in Asten aktiv sind, zu öffnen. Auf diese Weise stellen Asten zwar keinen direkten an der Vernetzung teilnehmenden Organisationszusammenhang dar, dort, wo aber an der Vernetzung beteiligte Gruppen oder Einzelpersonen lokal an Asten beteiligt sind, ist dennoch sichergestellt, daß die gemeinsame Arbeit der Vernetzung auch über die Asten lokal und soweit in den politischen Schranken der verfassten Studierendenschaft möglich aufgegriffen und fortgeführt werden kann. Solchen Einzelpersonen werden wir in Zukunft jedoch auch konsequent empfehlen, sich über ihre offiziellen lokalen Strukturen hinaus politisch zu organisieren.

Form der Zusammenarbeit

Konsensprinzip, Basisdemokratie, Freiwilligkeit, Betroffenheitsprinzip

Dieser Punkt hat in der Diskussion für viel Verwirrung gesorgt, wohl auch, weil er im Aufruf unklar formuliert war. Hier nun der Versuch einer Klärung:

Freiwilligkeit: Wie oben erwähnt bleibt das politische Mandat bei den einzelnen Gruppen. Damit ist jeder Gruppe freigestellt, sich an Aktivitäten zu beteiligen oder auch nicht. So wird vermieden, daß nur nach Kompromissen gesucht wird, die gerade für eine Mehrheit reichen. Ein Überstimmen von Minderheitsmeinungen ist nicht möglich. Es liegt also an allen abzuwägen, ob eine große Beteiligung oder die Ausrichtung einer Aktivität wichtiger sind, bzw. welche Kompromisse man für das eine und das andere eingehen möchte. Aktivitäten müssen nicht monolithisch aufgebaut sein. Es kann, falls kein Konsens möglich ist, durchaus verschiedene, sich ergänzende Aktivitäten geben.

Betroffenheitsprinzip: An der Entscheidungsfindung zu Aktivitäten beteiligen sich diejenigen, die auch an der Aktivität beteiligt, also direkt betroffen sind. Alle anderen können natürlich beraten, kritisieren etc., aber eben keine „Veto einlegen“ oder ähnliches. So wird verhindert, daß einzelne Personen oder Gruppen Aktivitäten durch Blockaden verhindern. Wer sich nicht beteiligen möchte, hat eben bei der Umsetzung auch nichts zu entscheiden.

Basisdemokratie: Alle Betroffenen werden an der Entscheidungsfindung beteiligt. Es gibt weder für die ganze Organisation, noch für einzelne Bereiche Vorstände, GeschäftsführerInnen, Koordinationsgremien etc. die irgendeine politische Entscheidungsgewalt haben.

Konsensprinzip: Unter den Betroffenen wird per Konsens entschieden. Da niemand gezwungen ist sich an bestimmten Aktivitäten zu beteiligen, also betroffen zu sein, stellt das kein Problem dar.

Imperatives Mandat: Wenn Gruppen Delegierte zu Treffen senden, sollten sie diese nach Möglichkeit mit einem imperativen Mandat ausstatten. Damit ist sichergestellt, daß auf Treffen getätigte Entscheidungen auch von den lokalen Gruppen akzeptiert werden und übernommene Arbeiten auch durchgeführt werden.

Insgesamt sollte ein konstruktiver Umgang miteinander herrschen. Nicht das durchsetzen der eigenen Meinung sondern das Finden einer für viele tragbaren Lösung sollte im Vordergrund stehen. Wie solch eine Atmosphäre begünstigt werden kann,

könnte in einem Leitfaden für die Ausrichtung als auch für die Teilnahme an den Treffen festgehalten werden. Eine Frage, die dort ebenfalls angesprochen werden sollte, ist der Umgang mit Menschen, die sich weigern, sich auf diese Prinzipien einzulassen und damit die Arbeit aller blockieren.

Inhaltlicher Anspruch

Die Vernetzende Organisation hat – entgegen der Praxis bisheriger Vernetzungszusammenhänge – den Anspruch auch inhaltlich zu arbeiten. Es geht nicht ausschließlich darum, zu bestimmten Anlässen gemeinsame Aktionen zu planen, sondern in gleichem Maße darum, sich eine gemeinsame inhaltliche Basis zu verschaffen und auf dieser aufbauend gemeinsam zu handeln. Ausgehend von gemeinsamen Betroffenheiten sollen gemeinsame Themen gefunden werden, die gemeinsam diskutiert in gemeinsame Aktionen münden. Mit diesem Ziel sollten die Gruppen sich an der Organisation beteiligen. Wir wollen keine Vernetzung, die nur daraus besteht, daß immer diejenigen zahlreich in Erscheinung treten, die gerade ein für sie wichtiges Thema, eine für sie wichtige Aktion haben, nur um dafür MitstreiterInnen zu finden.

Die strukturelle Offenheit von Treffen, ihrer Abläufe und Methoden darf nicht zur inhaltlichen Entleerung und Beliebigkeit führen. Dies ist zuletzt oft der Fall gewesen, wenn die Vorbereitung nur aus der zeitlichen Aneinanderreihung von themenunspezifischen Workshopphasen bestand. Vernetzung findet nicht um ihrer selbst Willen statt, damit man sich mal getroffen hat, sondern mit dem Ziel gemeinsamer emanzipatorischer Theorie und Praxis.

Kommunikation

Das gemeinsame Wissen voneinander

Die bisherige Vernetzungsrealität lief häufig nach dem Muster, daß vielen viele Gesichter bekannt waren und es manchmal möglich war diesen Gesichtern email-Adressen oder Telefonnummern zuzuordnen. Wurden diese öfters benutzt entstanden im besten Fall kleine Kommunikationsklüngel die untereinander austauschten, welchen Stand diese oder jene Angelegenheit gerade hatte. Dennoch existierte eine ungeheure politische Anonymität, die fast alles erfaßte, was nicht durch einen oft sehr zweifelhaften Verbalradikalismus und/oder politischen Lokalpatriotismus abgedeckt wurde. Dieses Erlebnis haben wir ansatzweise auch auf der Bundesastenkonzferenz in Berlin wieder gemacht. Grundlage für ein von lokalen

Gruppen ausgehendes, gemeinsames strategisches und solidarisches Vorgehen ist jedoch ein wesentlich stärkeres Wissen voneinander. Uns erscheint es deshalb wichtig innerhalb der Vernetzenden Organisation – gerade jedoch zu ihrem Beginn – auf eine allgemeine Transparenz zwischen den beteiligten Gruppen und Einzelpersonen, in der Form zu achten, daß die jeweiligen lokalen Organisationzusammenhänge oder deren Abwesenheit, die sonstigen lokalen politischen Besonderheiten, grundsätzlich relevanten Themenkomplexe und Positionen dazu kommuniziert werden.

Zwischen den Treffen

Die Einrichtung eines eigenen email-Verteilers, mit allen an der vernetzenden Organisation beteiligten Gruppen und Einzelpersonen halten wir für unerlässlich. Ein zweiter email-Verteiler auf den sich jede/r frei eintragen kann – entsprechend der alten Nord- und Ostnetz-Verteiler – sollte dem folgen. Ersterer sollte dem Informationsaustausch nur innerhalb der Beteiligten dienen letztere vor allem der schnellen Informationsweitergabe auch nach außen. Damit diese Verteiler einen konstruktiven Zweck erfüllen ist es wichtig darauf zu achten, daß sie nur zur Informationsweitergabe, nicht aber zur inhaltlichen Diskussion genutzt werden. Die Nord- und Ostnetz-Verteiler sollten, da sie regelmäßigen Administrationsaufwand verschlingen nach einer Übergangszeit abgeschaltet werden. Neben der email-Kommunikation bedarf es einer geeigneten Internetplattform für die, bevor eine technische Lösung gesucht oder gar schon umgesetzt wird, sehr genau geklärt werden muß, welchen Zweck sie erfüllen soll.

Für eine Debatte jenseits der persönlichen Aufeinandertreffen, erscheint uns die Form einer Zeitung besonders geeignet. Um hierbei dem Anspruch nach inhaltlicher Auseinandersetzung und Bewegungsorientierung gemeinsam gerecht zu werden, empfinden wir ein Aufteilen des Inhalts in einerseits aktuelle Berichte zu politischen Themen/Ereignissen und andererseits in kritische theoretische und reflektierende Beiträge – zB. die Ergebnisse der halbjährlichen Wochenseminare - als sinnvoll. Eine solche Zeitung sollte einmal pro Semester in einer Auflage erscheinen, die eine öffentliche Verteilung und Auslage möglich macht. Wie die organisatorische und inhaltliche Arbeit eines Redaktionskollektivs aussehen sollte, muß erarbeitet werden.

Wie können wir Kontinuität in unserer gemeinsamen politischen Arbeit sicherstellen?

Im Aufruf schrieben wir, „*der Organisationsansatz [solle] weder zeitlich, noch auf Vernetzungstreffen beschränkt sein, sondern sich an einer langfristigen Strategie für ein solidarisches Bildungswesen in einer solidarischen Gesellschaft orientieren*“. Auf der Bundesastenkonzferenz in Berlin ist in Bezug darauf die kritische Frage gestellt worden, ob es mit unseren Vorschlägen zu einer vernetzenden Organisation möglich ist, die darüber angestrebte Kontinuität in einer gemeinsamen hierarchiefreien und emanzipatorischen politischen Arbeit auch wirklich zu erreichen. Wenn wir dies mit Sicherheit von unseren Vorschlägen behaupten könnten, wären wir froh.

Der Unterschied unseres Ansatzes (hierarchiefrei und emanzipatorisch) zu fest institutionalisierten und darüber hierarchischen und mit einer Eigenlogik versehenen Organisationsstrukturen ist, daß der Erfolg und die Kontinuität einer vernetzenden Organisation von dem freiwilligen Bemühen aller Beteiligten Gruppen und auch Einzelpersonen abhängt. Gleichzeitig liegt aber gerade in der Beteiligung aller Bemühten das große Potential der vernetzenden Organisation.

Grundsätzliche Voraussetzung für eine kontinuierliche Arbeit ist also nicht wie in institutionalisierten Bereichen ein Apparat von professionellen Kadern oder Funktionären, sondern das Bewußtsein der lokalen politisch aktiven Gruppen für die Notwendigkeit einer überregionalen Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten. Ein solches Bewußtsein darf die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen nicht als Bonus begreifen, wie es in der in der nahen Vergangenheit zu oft der Fall gewesen ist. Der Austausch und die gemeinsame überregionale politische Arbeit müssen statt dessen eine alltägliche Notwendigkeit darstellen, denn wir sind nur gemeinsam stärker als alleine und wir werden nur stärker, wenn wir mehr werden. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies im Gegensatz zu den bereits zu genüge erwähnten professionalisierten Wasserköpfen, daß es eine vernetzende Organisation nur dann geben kann und geben wird, wenn es an den Hochschulen selbst aktive politische Menschen und Zusammenhänge gibt, die in der Zusammenarbeit mit anderen eine Verbesserung ihrer eigenen politischen Situation erkennen.

Ein konkretes Ergebnis der Erfahrungen von nur punktueller und oft zielloser, rein aktivistischer Zusammenarbeit in den Vernetzungsstrukturen der vergangenen Jahre ist der Vorschlag eines rotierenden Koordinierungskreises. Dieser soll jedoch explizit nur organisatorisch koordinierende Aufgaben übernehmen und nicht mit einem politischen Mandat ausgestattet werden. Dieser Vorschlag ist in diesem Sinne der Versuch, den notwendigen Organisationsaufwand für aber auch die Definitionsmacht über die Vernetzungstreffen von der ausrichtenden Gruppe zu nehmen, ohne feste Strukturen zu schaffen. Zu oft fanden Vernetzungstreffen als Hauptbestandteil der gemeinsamen Arbeit in den vergangenen Jahren nur in der Form statt, wie die eine ausrichtende Gruppe sie gerade umsetzen konnte oder aber auch gerade umsetzen wollte.

Weiteren Diskussionsbedarf sehen wir, vor dem Hintergrund der realen Kräfte, die wir einsetzen können; bei der Frage, wie der allgemeine Aufwand, der durch eine vernetzende Organisation entsteht, für alle beteiligten Gruppen möglichst gering gehalten werden kann. Denn die lokale politische Arbeit darf von einer überregionalen Zusammenarbeit nicht grundlegend in Mitleidenschaft gezogen werden. Ebenso sehen wir eine wichtige zukünftige Debatte darin, wie trotz der an den Hochschulen immer schneller wechselnden aktiven Menschen politische Kontinuität hergestellt werden kann. Diese Frage gilt es sowohl für die lokale als auch für die überregionale Ebene zu beantworten. Ein weiteres, ebenfalls durch die kürzer werdenden Studienzeiten wichtiger werdendes Thema ist der Umgang mit denjenigen unter uns, die in Zukunft die Hochschulen verlassen. Die Frage steht im Raum, ob sie damit auch ihre bisherigen politischen Zusammenhänge (lokal und überregional) verlassen (sollen).

Finanzen

Auf Grund der finanziellen Schwäche linker, insbesondere von größeren Institutionen/ Organisationen autonomer Strukturen stellt sich die notwendige Frage der Finanzierung einer kontinuierlichen und intensiven Zusammenarbeit die potenziell keine geographischen Grenzen haben soll. Dies betrifft vor allem die Frage Mobilität und der Finanzierung der von uns vorgeschlagenen allgemeinen Vernetzungstreffen, AKs und Seminarwochen. Eine wie auch immer geartete „Einbeziehung“ der ASten darf hier, gerade auch mit den Erfahrungen der Bundesastenkonzferenz im Kopf, unserer

Auffassung nach nicht auf Kosten der politischen Ausrichtung gehen. Wie dies zu bewerkstelligen ist, dazu sind sicherlich in der nächsten Zeit noch einige Debatten, konkrete Ideen notwendig. Auch die Finanzierung politisch unabhängiger Gruppen und Projekte über andere offizielle Strukturen, wie beispielsweise Gewerkschaften oder auf studentischer Ebene fzs und abs, ist tendenziell nicht unproblematisch. Eine punktuelle Zusammenarbeit und Nutzung ihrer Ressourcen ist gelegentlich möglich und sogar nützlich. Eine dauerhafte finanzielle Abhängigkeit oder gar eine dauerhafte Arbeit in ihren Strukturen zur Sicherung der individuellen finanziellen Situation, ohne dabei eine politisch anders verortete Basis (Gruppenzusammenhang), bewirken immer auch ein politisches Aufgehen in einem solchen Umfeld und eine Übernahme politisch-institutioneller Eigenlogiken. Deshalb müssen wir uns über andere vor allem vielfältige Finanzquellen Gedanken machen. Wichtig ist dabei, daß mit der Anzahl der verschiedenen Quellen auch die eigene politische Unabhängigkeit steigt. Aber auch eine gewisse Zuverlässigkeit muß gegeben sein, um kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen. Die Ideen und Möglichkeiten möglichst unabhängiger Finanzierungen sollten in einem Finanzleitfaden zusammengefaßt und so transparent und nachahmbar gemacht werden.

Grundsatz-/ Selbstverständniserklärung

Um die Grundlagen der vernetzenden Organisation für alle Interessierten transparent und verbindlich zu fassen, sollen sie in einer Grundsatz-/Selbstverständniserklärung festgehalten werden. Konkret geht es dabei um den inhaltlichen und davon abgeleitet methodischen Rahmen der vernetzenden Organisation. Die Erklärung soll

- klar machen was, mit wem und wohin wir wollen
- aus dem Aufruf und den Debatten darüber entstehen...
- aus Utopie, Struktur und Arbeitsweisen zusammen entstehen

NAME

Wir sehen es als sinnvoll an der vernetzenden Organisation einen Namen mit inhaltlicher Aussagekraft zu geben, da eine Bezeichnung für unsere gemeinsame Arbeit ansonsten spätestens dann entsteht, wenn andere beginnen, sich an uns zu reiben.

Die Ereignisse an der Universität Bremen im Zusammenhang mit den §129a Ermittlungen im Mai 2007

von LiSA Uni Bremen

- Stand: 30.10.2007 -

Die Durchsuchungen an der Universität vom 9. Mai richteten sich gegen den Lehrbeauftragten Fritz Storim, bzw. wurden im Rahmen des 129a-Verfahrens gegen ihn durchgeführt.

Am Morgen des 9. Mai erschienen BeamtInnen von Polizei und Staatsanwaltschaft im Verwaltungsgebäude der Universität und legten mehrere Durchsuchungsbeschlüsse vor. Diese ermächtigten Sie, das universitäre Email-Postfach Fritz Storims auszulesen sowie Vergleichskopien an allen, dem Beschuldigten zugänglichen Kopierern anzufertigen, sowie deren Speicher auszulesen. Da das universitätsweite Kopierkartensystem die Benutzung von über 100 Geräten ermöglicht, beschränkten sich die BeamtInnen nach unserem Kenntnisstand auf einige Kopierer im Seminar- und Forschungsverfügungsgebäude (SFG) sowie in den Räumen des Fachbereich 12. Dort ist der Lehrauftrag Fritz Storims angesiedelt. Desweiteren verlangten die BeamtInnen per Durchsuchungsbeschluss Zugang zu Fritz Storims Büro sowie dem darin befindlichen Computer. Als Lehrbeauftragter verfügt dieser jedoch weder über ein Büro noch über einen eigenen Computer an der Uni. Darüber hinaus ergab eine kleine Anfrage in der Bremischen Bürgerschaft¹, daß die FahnlerInnen sich alle Unterlagen aushändigen ließen, die im Zusammenhang mit der Erteilung des Lehrauftrages standen. Ebenfalls berichtete die persönliche Referentin des Rektors, die gemeinsam mit dem Justitiar der Universität die Durchsuchungen begleitet hat, kurz nach den Durchsuchungen, dass auch eine MitarbeiterInnenliste des gesamten Fachbereichs 12 ausgehändigt worden sei. Der Justitiar dementierte dies später öffentlich.

Näheres ist uns zu den Durchsuchungen leider nicht bekannt, da sich die Uni-Leitung in den folgenden Tagen größte Mühe gab, den Fall unter den Tisch zu kehren. Der Justitiar war für Nachfragende „aus Zeitgründen“ nicht zu sprechen. Auf telefonische Nachfrage bestätigte er jedoch schließlich die

Hausdurchsuchung und erklärte, man wolle diesbezüglich nichts weiter unternehmen. Auch habe man auf eine Aushändigung des Durchsuchungsbeschlusses verzichtet, es habe dort nämlich lediglich „irgendetwas mit Terrorismus“ darin gestanden. Die Universität verzichtete ebenfalls darauf, Fritz Storim über die Ereignisse zu informieren.

Aus diesem Grund erfuhr die Universitätsleitung auch erst in der Sitzung des Akademischen Senats (AS) am 23.05.07 von Studierenden des AStA, dass bei der ebenfalls gegen Fritz Storim gerichteten Durchsuchung in der Bremer Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz (Maus) e.V. auch alle TeilnehmerInnenlisten seines Seminars seit dem Sommersemester 2001 sowie teilweise von Studierenden erstelltes Seminar material beschlagnahmt worden waren.

Während Rektor Müller bemüht war, die Durchsuchungen nicht im AS zu behandeln, zeigten sich überraschenderweise einige Professoren von der fehlenden inneruniversitären Kommunikation schockiert und plädierten für eine Behandlung. Auf diverse Nachfragen legte der Rektor daraufhin sichtlich ungewillt die Position der Unileitung dar: Eine Stellungnahme zu den Durchsuchungen gebe es nicht, da das Wissen über den Vorfall zum Schutz des Betroffenen in einem möglichst kleinen Kreis gehalten werden sollte. Öffentliche Äußerungen in solchen Situation würden die mediale Berichterstattung nicht beeinflussen können, deshalb habe man gleich davon abgesehen. Eine Bewertung des Vorfalls sei ihm nicht möglich, da ihm das politische Mandat dazu fehle.

Letzendlich hielt der AS zumindest in einem Beschluss fest,

1. dass er das Ermittlungsverfahren gegen einen Universitätsangehörigen bedauere, bis zu einer Verurteilung aber von dessen Unschuld überzeugt sei,
2. dass er erwarte, dass Personen nicht zufällig in das laufende Verfahren hineingezogen und kriminalisiert werden
3. und dass der Rektor die Bundesanwaltschaft um die Herausgabe der beschlag-

nahmten SeminarernehmerInnenlisten bitten soll.

Der mündlich formulierte Antrag wurde im Protokoll allerdings so umformuliert, dass die Aufforderung an den Rektor, gegenüber der BAW tätig zu werden, nicht mehr auftauchte.²

Auf Drängen der Studierenden erklärte der Rektor während der AS-Sitzung zudem, er werde den ebenfalls anwesenden Justitiar beauftragen, Fritz Storim formal über die Durchsuchung in Kenntnis zu setzen. Von einer weiteren Kontaktaufnahme halte er aber nichts. Die Benachrichtigung an Fritz Storim ließ noch mehrere Wochen auf sich warten und geschah erst nach mehrfachem Anmahnen seitens des AStA. Ebenso befand sich der Personalrat der Uni nicht für Fritz Storim zuständig und auch der Fachbereich 12 sah sich nicht zu einer Stellungnahme veranlasst.

Zu der Sorge, dass nun Daten von Studierenden im Zusammenhang mit einem Terrorismusvorwurf bei den Strafverfolgungsbehörden gespeichert werden, erklärte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft am 24.5.2007 gegenüber der taz-bremen etwas widersprüchlich, dass die Behörden die Daten nicht speichern würden, wenn sie keine erhebliche Relevanz aufweisen würden, was bei einem Seminarbesuch nicht zu erwarten sei. Dennoch könne man die beschlagnahmten Seminarlisten nicht zurückgeben, da sie als Beweismittel in einem Ermittlungs-
² „1. Der AS bedauert, dass sich ein Ermittlungsverfahren gegen einen Angehörigen der Universität richtet. Er geht davon aus, dass bis zum Nachweis des Gegenteils die Unschuldsvermutung für Herrn Storim gilt. 2. Die Universität erwartet, dass Personen, die zufällig oder unverschuldet von diesem Verfahren möglicherweise betroffen sind, wie z.B. Studierende, die an den Lehrveranstaltungen des Verdächtigten teilnehmen oder teilgenommen haben, nicht kriminalisiert und keine Nachteile haben werden. 3. Der AS bittet die Bundesanwaltschaft entsprechende beschlagnahmte Listen und Unterlagen zurückzugeben, sowie diesbezüglich gespeicherte Daten zu löschen“ (Senat der Universität Bremen, XXI/18. Sitzung, 23.05.2007, Beschluss Nr. 8186). Von der Handlungsaufforderung des AS an den Rektor berichtete die taz-bremen am 24.5.2007 unter dem Titel „Studis unter Terrorverdacht“.

Fortsetzung auf Seite 11

Zu den aktuellen politischen Verfolgungen nach §129a

von Fritz Storim, eingesandt von LiSA Uni Bremen

liebe Freund_innen, liebe Genoss_innen,

Der Text im Anhang ist ein vorläufiges Ergebnis vieler Diskussionen mit unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen. Er wurde in verkürzter Form auf einer Veranstaltung in der Volksbühne in Berlin, am 30.09.07 - »Ist jetzt alles Terrorismus? Zur politischen Dimension des § 129a und zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung« -, einer in der Roten Flora in Hamburg, am 18.10., einer an der Universität-Bremen, am 01.11. - »Wir sind alle § 129a« - und auf verschiedenen Demonstrationen von mir vorgetragen.

Liebe und solidarische Grüße, Fritz Storim.

zu den aktuellen politischen Verfolgungen nach §129a

die drei letzten Verfolgungswellen nach § 129a

I. Im Vorfeld des G8 Gipfels in Heiligendamm kam es zu einem der größten Repressionsschläge der letzten Jahre. Am 9.Mai starteten Bundesanwaltschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA) in Hamburg, Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg eine Durchsuchungswelle von über 40 Wohnungen und Projekten und begründeten dies mit dem Vorwurf der "Bildung einer terroristischen

Vereinigung zur Verhinderung des G8-Gipfels" nach §129a - betroffen sind davon 18 Personen – sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung "Militante Gruppe (MG) – betroffen sind davon 3 Personen.

Nach dem Durchsuchungsbeschluss war erklärtes Ziel der Durchsuchungen „die Sicherstellung von Daten oder Unterlagen zur Organisation der Kampagne gegen den G8-Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm sowie von Kommunikationsplänen und –Nachweisen, von Personen- und Adressenverzeichnissen, die Auskunft über weitere Kontaktpersonen geben sollen, von Tatmitteln wie Zündvorrichtungen, Zeitschaltuhren und Werkzeugen.“

Die besondere Bedeutung des Verfahrens begründete die BAW im Durchsuchungsbeschluss wie folgt:

„... sie stehen im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben oder Mitglieder einer solchen Vereinigung zu sein, deren Ziel es insbesondere ist, mit Brandanschlägen und anderen gewalttätigen Aktionen den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel (G8) im Frühsommer 2007 in Heiligendamm erheblich zu stören oder zu verhindern. Diese Straftaten sind dazu bestimmt, die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erschüttern und können insbesondere die internationale Position der Bundesrepublik Deutschland als verlässlicher Partner im Verbund der acht wichtigsten

Wirtschaftsnationen erheblich schädigen...“

Und genau vor diesem politischen Hintergrund ist dieser Angriff auch zu verstehen. Die Durchsuchungswelle und das 129a Verfahren waren ein konkreter Angriff auf die autonomen und systemoppositionellen Mobilisierungen im direkten Vorfeld von G8 in Heiligendamm und ASEM Gipfel in Hamburg. Gemeint waren mit diesem Angriff tatsächlich alle Menschen, die ihren Protest im Rahmen von Aktionen praktisch werden lassen wollten. Auch hier sollte Repression einschüchtern, denunzieren und zu Entsolidarisierung und Spaltung führen.

Die Durchsuchungen erfolgten ohne jeden konkreten Tatverdacht! Das wird offiziell auch zugestanden:

Innenminister Schäuble forderte, unter „Anfangsverdacht“ stehende Menschen schon vor den Protesten in so genannten „Unterbindungsgewahrsam“ zu nehmen. Die Hausdurchsuchungen wurden von Andreas Christleit, dem Sprecher der Bundesanwaltschaft am 9. Mai, gegenüber dem ZDF-Heute-Journal wie folgt kommentiert: „Die heutigen Durchsuchungen sollten Aufschluss erbringen über die Strukturen und die personelle Zusammensetzung von diesen Gruppierungen und dienen nicht in erster Linie zur Verhinderung von konkreten Anschlägen, dafür gab's keine Anhaltspunkte.“

Fortsetzung von Seite 10

verfahren dienten und erst nach Abschluss der Beweisaufnahme zurückgegeben werden könnten. Diese auf den ersten Anschein widersprüchliche Aussage lässt sich damit erklären, dass Fritz Storim laut den Durchsuchungsbeschlüssen die Rekrutierung junger Menschen vorgeworfen wird, die von ihm mitgeplante Brandanschläge oder Ähnliches ausführen sollen.

Schließlich möchte ich noch kurz auf die erwähnte kleine Anfrage in der Bremischen Bürgerschaft eingehen, in deren Beantwortung sich mehrere Widersprüche und Falschaussagen finden lassen. Auf zwei Aspekte möchte ich hier in Kürze verweisen:

Die Anfrage bezog sich auf den Ablauf der Durchsuchungen an der Universität sowie das damit verbundene Verhalten der Universitätsleitung.

In der Antwort des Senats wird einerseits behauptet, eine Benachrichtigungspflicht des Rektorats gegenüber Studierenden und MitarbeiterInnen (einschließlich Fritz Storim) hätte nicht bestanden, da „sich die Maßnahmen nicht gegen bestimmte Personen richteten, sondern gegen die Universität.“ Andererseits wird der Verzicht auf die Aushändigung des Durchsuchungsbeschlusses mit dem Schutz der Person des Angeschuldigten verteidigt, zudem die Universität hier lediglich verfahrensunbeteiligte Dritte

sei und deshalb auch kein Anrecht auf Aushändigung habe. Eine Fürsorgepflicht gegenüber MitarbeiterInnen und/oder Studierenden wird auch im Bezug auf die Beschlagnahmung von Daten Unbeteiligter Universitätsmitglieder nicht gesehen. Zudem erklärte der Senat, dass die Universität die Herausgabe beschlagnahmter Unterlagen nicht beantragen werde, da sie weder verfahrensbeteiligt sei, noch Eigentümer der Seminarlisten. Dabei geht es hier nicht um die Herausgabe eines Stück Papiers, sondern um personenbezogene Daten, welche von der Universität im Rahmen des regulären Lehrbetriebes erhoben wurden. Daher muss die Universität dazu verpflichtet sein, den Missbrauch dieser Daten zu verhindern.

Laut Hamburger Innensenator Nagel sollen die Durchsuchungen zeigen, dass „die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremisten nicht wehrlos sind“, und er kündigte ihnen gegenüber „Null Toleranz“ an. Polizeipräsident Jantosch hat dies mit den Worten auf den Punkt gebracht: „Heute haben wir richtig durchgeatmet. Für den in Hamburg stattfindenden ASEM-Gipfel und die nachfolgenden Veranstaltungen ist die Polizei gerüstet.“

„Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir, was und wer sich dort bewegt“ hat ein Fahnder des BKA auf Spiegel-Online erklärt.

Doch dieser Schuss ist ja bekanntlich eindeutig nach hinten losgegangen. Er hat zur massiven Mobilisierung für den Widerstand gegen den G8-Gipfel - auch weltweit - geführt und die unterschiedlichen politischen Spektren stärker zusammengeführt. Vielen Menschen wurden die Augen über diese herrschenden Verhältnisse geöffnet und es wurde deutlich:

angeklagt sind nur wenige, aber gemeint sind wir alle!

Ein angeblicher Tatverdacht wird folgendermaßen konstruiert: Fünf durchweg ältere Beschuldigte aus Hamburg und Berlin seien seit vielen Jahren in der autonomen Szene aktiv. Sie hätten schon während der Tagung des internationalen Währungsfonds (IWF) im September 1988 (also vor neunzehn Jahren!) in Berlin Brandanschläge mit Molotow-Cocktails und Brandsätzen mit Zeitzündern verübt. Hierzu hätten sich die Beschuldigten in dem Buch „Autonome in Bewegung“ bekannt, in dem sie ihre Kampagne-Arbeit einschließlich begangener Brandanschläge mit hohen Sachschäden dargestellt und beschrieben hätten.

„Diesem Vorbild entsprechend“ hätten sie mit weiteren Beschuldigten seit geraumer Zeit eine „militante Kampagne“ im Hinblick auf den G8-Gipfel in Heiligendamm vorbereitet.

Zur Durchführung der Aktionen würden sie jüngere Personen „rekrutieren“. Die jüngeren Beschuldigten führen angeblich die operative Umsetzung der militanten Aktionen durch.

Die Spontandemonstrationen von 3000 Menschen in Hamburg und 5000 Menschen in Berlin auf diese politischen Angriffe zeigt, dass diese Repressionswelle als Angriff gegen die gesamte Anti-G8-Protestbewegung verstanden wurde.

II. Am 13. und 19. Juni, also unmittelbar nach dem G8-Gipfel, kam es in Hamburg, Bad Oldesloe (neun Personen) und Berlin (zwei Personen) zu einer weiteren Reihe von Hausdurchsuchungen. So wurden auch Wohnungen von Eltern sowie das alternative Jugendzentrum „INIHAUS“ in Bad Oldesloe durchsucht. Insgesamt elf Personen wird in einem neuen §129a-Verfahren vorgeworfen, an vier Aktionen gegen Objekte der Bundeswehr und von Rüstungsfirmen beteiligt gewesen zu sein.

III. Am 31. Juli wurden die Wohnungen und teilweise Arbeitsplätze von sieben Personen in Berlin und Leipzig durchsucht. Dabei wurde Andreij H. verhaftet. Dem ging die Verhaftung drei weiterer Personen in der Nacht auf den 31. Juli voraus. Diesen dreien wird zur Last gelegt, auf dem Firmengelände von MAN in Brandenburg drei Brandsätze an Bundeswehr-Lkws angebracht zu haben. Die drei Axel, Florian und Oliver sitzen derzeit immer noch in U-Haft in Berlin-Moabit. Der gegen die insgesamt sieben Personen erhobene weitere Vorwurf lautet gemäß § 129a „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ mit der Bezeichnung „Militante Gruppe (MG)“.

Die MG ist dem Repressionsapparat schon seit Langem ein Dorn im Auge. Nicht nur wegen verschiedener militanter Aktionen, sondern auch wegen ihrer offensiven Öffentlichkeitsarbeit und die von ihnen angestoßenen Diskussionen über Perspektiven von Widerstand und Militanz.

Seit dem 28. August ist Andreij H. vom Ermittlungsrichter des BGH, nach Zahlung einer Kautions und Erlassen von Auflagen, entlassen worden. Der Haftbefehl besteht allerdings weiterhin.

In allen drei Verfahren sind mehrere sogen. Zeug_innen (bisher sind fast 40 bekannt) betroffen. Das sind Menschen, die mit den Beschuldigten in Kontakt stehen. Bei ihnen wurden teilweise auch Hausdurchsuchungen und Observierungen durchgeführt. Sie können vom BKA oder der BAW vorgelesen werden, und werden dann zu den Beschuldigten befragt. Vor der BAW sind sie rechtlich verpflichtet auszusagen. Sagen sie nicht aus, können sie mit Geldstrafe oder Beugehaft belegt werden. Es gibt eine Kampagne mit dem Ziel, die Zeug_innen zu unterstützen, jede Form von Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden, d.h. auch jede Aussage, zu verweigern.

der § 129a¹

Der § 129a (wie übrigens auch der §129b, der sich auf terroristische Vereinigungen im Ausland bezieht) ist ein zentrales Mittel der politischen Justiz. Als Staatsschutzparagraf zielt die Anwendung des Paragrafen immer auf Gesinnung, auf politische Inhalte und auf kollektiven Widerstand.

Neben dieser politische Bedeutung ist er für die Staatsschutzbehörden ein ganz wesentliches Ermittlungsinstrument. Kein anderer Paragraf eröffnet dem Staatsschutz so viele Möglichkeiten an Überwachung und Ausforschung wie der § 129a oder b. Im Rahmen der aktuellen Verfahren hat er über einen langen Zeitraum seine ganzen technischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Flächendeckende Observierungen, Telefonüberwachung, e-Mail Überwachung, Postüberwachung, Filmaufnahmen, Abhörmaßnahmen, Peilsender, Rasterfahndung, Einsatz verdeckter Ermittler, Verwertung geheimdienstlich erlangter Informationen (nach dem G10-Gesetz), Aufhebung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, akustische Raumüberwachung, usw. Diese Überwachungsmaßnahmen haben weit mehr Leute betroffen als die jetzt unmittelbar Beschuldigten.

Mit diesem Gesinnungs- und Schnüffelparagrafen 129a – mit dem die Durchsuchungen juristisch „legitimiert“ wurden - ist es der Justiz heute wieder möglich, Oppositionelle - wie z.B. Menschen, die sich gegen den bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm engagieren - auszuforschen, sie zu kriminalisieren und die laufende Arbeit zu behindern.

Der §129a ist bisher nur in 2% der Fälle zur Aufklärung von „Straftaten“ dienlich gewesen. Alle restlichen Verfahren wurden sang- und klanglos eingestellt. Was bleibt, ist jedoch z.B. die Stigmatisierung bestimmter politischer Zusammenhänge und Einiger von dem Verfahren unmittelbar betroffener und durch die Presse herausgehobener Personen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir im §129a ein Instrument staatlichen Handelns, das prinzipiell alle politisch kritischen Menschen unter Generalverdacht stellen kann. Ein potentieller Gegner, des als Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen wird, kann so mit den Mitteln des Strafrechts präventiv ausgeschaltet werden.

Wir alle sind potentiell Verdächtige.

¹ Zum § 129a und zu Erfahrungen damit s.: „Aufruhr, Widerstand gegen Repression und § 129a“, ID-Archiv, Amsterdam, 1991.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheint jedes Mittel recht. Vor nicht allzu langer Zeit wurden Menschen in Gefängnisse oder Lager gesperrt, wenn sie systemkritische Flugblätter verteilten oder Kontakt zu bestimmten Personen hatten. Heute reicht dieser „Tatbestand“ scheinbar immerhin schon wieder aus, um Hausdurchsuchungen und Observationen damit zu begründen.

Ausmaß der Überwachung und die Auswirkungen der politischen Verfolgung auf das private, soziale und berufliche Umfeld

Die Verfolgung ist für viele eine große persönliche Belastung. Die Folgen für den Alltag sind oft gravierend. Zum Teil werden seit mehreren Jahren unsere Telefone abgehört, alle E-Mails überwacht, unsere gesamte Internet-Nutzung protokolliert, unsere Wohnungen werden beobachtet, Wanzen in Wohnungen installiert, Wohnungen gegenüber von Wohngemeinschaften angemietet, um diese mit Videokameras zu überwachen, Hauseingänge mit Videokameras beobachtet, Peilsender an Pkws oder Wanzen in Pkws angebracht, politische Zusammenkünfte ausspioniert und Teilnehmer_innen erfasst und fotografiert, Bewegungen anhand von Handys, Bahnkarten oder Kreditkarten aufgezeichnet, Spitzel und verdeckte Ermittler auf uns angesetzt. Ausgeforscht werden auch Lebenspartner_innen, Freund_innen, Kolleg_innen und Familienangehörige. Das gesamte Ausmaß der Bespitzelung können wir bisher noch nicht überschauen.

Nach der Durchsuchung wurden DNA- und Geruchsproben genommen, um diese mit vorliegenden Spuren zu vergleichen. In Hamburg wurden, in einem eigens dafür eingerichteten Zentrum, Postsendungen in mehreren Stadtteilen kontrolliert.

Wer wissenschaftliche oder journalistische Publikationen zu bestimmten Themen verfasst und Bibliotheken dazu nutzt, macht sich verdächtig. Wer Kontakt zu Menschen hat, die die BAW für verdächtig hält, macht sich verdächtig. Wer versucht, seine Privatsphäre und Anonymität aktiv zu schützen, macht sich ebenfalls verdächtig. Kommen bei einem Personenkreis alle drei Verdachtsmomente zusammen, muss es sich in dieser Logik um eine terroristische Vereinigung handeln.

In der „Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz“ in Bremen wurden Materialien in einem Umfang beschlagnahmt, so dass die Arbeit bis heute fast vollkommen blockiert ist. Aus einem Uni-Seminar an der Universität Bremen wurden Teilnehmer_innenlisten über mehrere Semester und Seminararbeiten beschlagnahmt. Dem Veranstalter wird ja vorgeworfen, jüngere Leute für militante Aktionen rekrutieren zu wollen. Das soll wohl bei den Seminarteilnehmer_innen überprüft werden. Dadurch wird die Arbeit auch in diesem Seminar sehr erschwert.

Allein der Aktenbestand für die Ermittlungen, die zu den Razzien am 9. Mai führten, beläuft sich etwa auf 80 000 Seiten, ca. 200 Ordner. 34 Ordner sind uns zur Zeit zugestellt worden. Der größte Teil der Akten ist dem BKA vom Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt worden. Hier wird also eine sehr enge Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei sichtbar. Nicht zufällig wurde nach dem zweiten Weltkrieg – als Reaktion auf den deutschen Faschismus – die Arbeit von Geheimdienst und Polizei per Gesetz getrennt. Das scheint heute aber keine Rolle mehr zu spielen.

Aus den Akten wird auch ersichtlich, dass das BKA unmittelbar mit Sozialamt, Arbeitsamt, Finanzamt, Verkehrsamt, Ordnungsamt, Versicherungen, Ausländerbehörde und Banken usw. zusammenarbeitete. Die Ermittlungsbefugnisse bei § 129a-Verfahren entsprechen denen bei Verfahren gegen „organisierter Kriminalität“ (z.B.: Geldwäsche, Mafia). D.h. es gibt keinen Datenschutz, kein Bankgeheimnis – auch nicht für Verwandte, Freund_innen, Mitbewohner_innen usw. Diese erfahren im allgemeinen nie, dass und wie sie in solchen Ermittlungen auftauchen.

Versuch einer politischen Einordnung

Es gibt keine einfache Antwort auf diesen politischen Angriff. Ich will versuchen die verschiedenen Aspekte, so wie wir sie bisher diskutiert haben, darzustellen.

Alle drei 129a Verfahren sind Ausdruck der aktuellen politischen Situation, die von Diskursen über den Begriff „Sicherheit“ geprägt ist. Die Politik staatlicher Überwachung, das Sammeln und Speichern aller Daten

von Menschen und das Vorantreiben von Repression sind Ausdruck einer Veränderung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung und kapitalistischen Globalisierung der Welt.

Zuerst einige Bemerkungen zu den allgemeinen Hintergründen der politischen Verfolgungen:

Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung – allgemein mit **Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung** bezeichnet – ist eine kapitalistische Offensive, die alle Lebensbereiche, selbst den menschlichen Körper, zunehmend privatisiert und kommerzialisiert und die ganze Welt zu einem einzigen Markt vereint – und das unter der Dominanz der mächtigen Industrienationen/der transnationalen Konzerne.² Im Rahmen des Profit- und WachstumsParadigma des Kapitals ist die Steigerung der Produktivität und die Erschließung neuer Märkte zwangsläufig verknüpft mit Abbau sozialer Errungenschaften, Massenarbeitslosigkeit, Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen, Ausschluss immer größerer Teile der Menschheit von den ökonomischen und sozialen Lebensvoraussetzungen und mit dem Abbau von Demokratie.

Der Staat baut seine Funktionen immer stärker marktkonform um: Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Kulturpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, usw. werden zusehends privatisiert und der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt untergeordnet. Die Aufgaben des Staates verlagern sich verstärkt auf die Aufrechterhaltung des Rechtssystems, auf die Wahrung der sog. „Inneren und Äußeren Sicherheit“ und des Besitzstandes des Kapitals. D.h. Sicherheitspolitik bedeutet nicht nur Sicherheit gegenüber einem sog. äußeren oder inneren „Feind“, sondern Ausbau von Überwachungs-, Steuerungs-, Ordnungs- und Unterdrückungsstrukturen zur Sicherung der Produktions- und Verwertungsbedingungen, der Absatzmärkte, des Zugriffs zu den Rohstoffen, des Kapitals/der Kapitalströme. Und – es geht auch um die sog. „Sicherheit“ vor unkontrolliertem Zuzug von Migrant_innen und Flüchtlingen.

² »Alle reden vom Wetter. Wir nicht. Beiträge zur Förderung der kritischen Vernunft« - Westfälisches Dampfboot, Münster 2005: »Zur Philosophie der „Neuen Weltordnung“ und zur Utopie von „Solidarität“, „Kommunikation“ und „Befreiung“«, Fritz Störim.

Im sozialen Bereich hat diese Entwicklung auch zu verstärkter Normierung, Kategorisierung, bis zur Selektion von als "überflüssig" betrachteten Menschen – Menschen, die über "Arbeitskraft minderer Güte" verfügen – geführt, und so ist die Diskussion um "lebenswert" und "lebensunwert", "Neue Eugenik", "Neue Euthanasie" wieder gesellschaftsfähig geworden.

Voraussetzung für diese Entwicklung ist die Zerstörung von Kommunikation. Kommunikation, hier verstanden als Auseinandersetzung, Kritik, gemeinsame Entwicklung, Berührung. Kommunikation so verstanden wird zur Sabotage an den herrschenden Verhältnissen. Die Zerstörung von Kommunikation hat das Ziel der totalen Vereinzelung und Entmündigung und damit Kontrollier- und Steuerbarkeit des Menschen.

Die Ideologie der Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung – und damit die Anonymisierung von Macht – soll den Anspruch auf politische Verantwortung ersetzen.

Der Staat registriert, überwacht und kontrolliert uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind. Mit der Vorratsdatenspeicherung der Telekommunikation und Online-Durchsuchungen von Computern stehen weitere verschärfte Sicherheits- und Überwachungsbefugnisse auf der politischen Agenda und das betrifft nicht nur Oppositionelle sondern die gesamte Bevölkerung. Wer sich ständig überwacht und beobachtet fühlt, wird sich meist immer erschwerter unbefangen und mutig für die Auseinandersetzung um eine herrschaftsfreie, solidarische Gesellschaft und für seine persönliche Freiheitsrechte einsetzen. Es entsteht allmählich eine unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, die »nichts zu verbergen« haben und dem Staat gegenüber – zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit – ihr Bedürfnis nach Autonomie – d.h. Selbstbestimmung und Kollektivität als dialektische Einheit - aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!

Da wo sich Widerstand regt wird versucht, ihn über Repression platt zumachen. Staat und Kapital brauchen die Staatsjustiz wie die Fische das Wasser. Hier spielt der § 129a eine besondere Rolle.

Der totale Überwachungsstaat ist kein

Auswuchs sondern konsequenter Ausdrucks dieser herrschenden Verhältnisse. Es genügt deshalb nicht alleine einzelne Verschärfungen von Überwachung und Repression zu kritisieren, sondern es müssen immer auch die Verhältnisse, die diese hervorbringen in die Kritik mit einbezogen werden.

In diesem Kontext ist es einzuordnen, wenn der Staat Krieg nach Außen und nach Innen führt:

*** So agiert die Bundeswehr schon lange wieder als Angriffs- und Eroberungsarmee und steht ohne jeden Zweifel in der Kontinuität des deutschen Militarismus zur Durchsetzung von Herrschaftsinteressen. Heute ist sie Teil der NATO, an zehn Militäreinsätzen im Ausland beteiligt und verantwortlich für die Bombenabwürfe 1999 auf die Bevölkerung in Jugoslawien und jetzt in Afghanistan.

Allein in Afghanistan gehen bereits mehrere Tausend Tote, Verstümmelte, Vergewaltigte, Gefolterte, Obdachlose und Fliehende auf das Konto dieser so genannten Friedensstifter.

Da stellt sich die Frage:

Ist die Sabotage gegen diese Kriegsmaschine Terrorismus?

*** Der aggressiven deutschen Außenpolitik entspricht die Verschärfung der sozialen Bedingungen im Inneren. Lohnraub durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Rationalisierung und Entlassung von Arbeitskräften, Kürzung der Renten, Reduzierung der Gesundheitsversorgung durch die so genannte Gesundheitsreform, Reduzierung der Bildung auf die Kinder der Wohlhabenden, enorme Preiserhöhungen, Armut, Obdachlosigkeit. Eine immer weiter zunehmende Verarmung der Bevölkerung.

Ist der Widerstand gegen das G8-Treffen - der größten terroristischen Vereinigung dieser Welt, die verantwortlich ist für Unterdrückung, Hunger und Krieg - Terrorismus?

Ich will daran erinnern, dass alle 5 sec ein Kind an den Folgen von Hunger und Armut stirbt. Das sind an die 500 Kinder während ich hier rede.

Das ist kein Schicksal - das ist Mord! Für mich sind Terroristen in erster Linie diejenigen, die für Macht und Profit über Leichen gehen.

Ein weiteres spezielles Kalkül für die

politischen Verfolgungen zielt auch darauf ab, ein Terrorbild in der Öffentlichkeit zu transportieren, das jede weitere Repression gegen radikale Opposition rechtfertigen und verfassungsmäßige Rechte weiter aushöhlen soll und die Wahrnehmungsgrenzen verschwimmen zu lassen, zwischen Einsatz der Bundeswehr gegen al Kaida oder Taliban und G8-Widerstand:

Der Einsatz von Kriegswaffen wie Spähpanzer und Tornados gegen den G8-Widerstand in Heiligendamm bringt das deutlich auf den Punkt!

Weiter geht es darum, Widerstand zu spalten, indem ein Teil als legitim und sogar „wichtig“ dargestellt wird - wie um den G8-Gipfel geschehen - und auf der anderen Seite von dem Teil, der die Spielregeln nicht einhält und die herrschenden Verhältnisse in Frage stellt, das Bild eines blutrünstigen und unpolitischen Terrormob gezeichnet wird. Der eine Teil von Widerstand wird eingebunden, kanalisiert und geschluckt und auf den anderen Teil wird ordentlich drauf geschlagen. Im Grunde genommen geht es jedoch immer darum, Widerstand zu brechen.

Noch ein weiteres Kalkül ist, antagonistischen Widerstand - also Widerstand der nicht vereinbar ist mit der herrschenden Ordnung, wie ihn z.B. die Brandanschläge gegen die Bundeswehrfahrzeuge darstellt - radikal zu bekämpfen.

Dabei geht es nicht um den Sachschaden, es geht um die Idee und um das Signal, das diese Aktionen aussenden. Nämlich, dass die herrschenden Verhältnisse grundsätzlich auch praktisch angreifbar sind und das Menschen solche Aktionen für moralisch legitim halten. Solche Gedanken sind mit einer Gesellschaft, in der die Ideologie des Sachzwangs, die politische Verantwortung weitgehend abgelöst hat - also scheinbar niemand mehr für die herrschende Politik verantwortlich ist - unvereinbar/undiskutierbar/undenkbar - es könnte ja dadurch vielleicht die Kolonialisierung der Köpfe durch die herrschende Ideologie aufgebrochen/infrage gestellt werden.

Und ein sehr profaner Grund für die Verfolgungen ist wohl auch, dass seit der Auflösung des Ostblocks und der Auflösung von RAF und RZ ja ein ungeheures Potential an verbeamteten Geheimdienstler_innen und an Technik und Strukturen existiert. Diese müssen ihre Existenzberechtigung ständig unter Beweis stellen. D.h. wir stellen für sie eine willkommene Arbeits-Beschaffungsmaßnahme (ABM) dar.

Und sicher nicht zuletzt versucht der Appa-

rat, scheinbar unbeirrt, seine Arbeit mit dem Auftrag zu verrichten, jede grundsätzliche Opposition „kalt zu stellen“.

Zum Anlass für alle drei Verfolgungswellen wurden militante Aktionen herangezogen. Aber wie ich gerade versucht habe zu beschreiben, ist das nur als äußerer Anlass zu verstehen.

Die langfristige politische Strategie, die dahinter steckt ist die der totalen Überwachung, Kontrolle und Steuerung der Menschen und der Gesellschaft:

Die Verfolgungen betrifft so die gesamte Linke und nicht nur deren radikalen Teil, und letztlich weit darüber hinaus die gesamte politische „Landschaft“ in Deutschland. Wir sehen „unser“ Verfahren nur als einen kleinen Mosaikstein in einem weit größeren Gesamtkunstwerk von sog. „SicherheitsPolitik“.

Solange Menschen sich aus einer unveröhnlichen Haltung den herrschenden Verhältnissen gegenüber politisch organisieren und ihren Widerstand in verschiedenen Formen praktisch machen, wird die Antwort des Staates Repression sein. Alleine schon die vage Möglichkeit von Unzufriedenheit oder gar Unruhe in Zeiten wachsender Vereinzelung, sozialer Ungleichheit und sozialer Unsicherheit, lässt den Staat präventiv repressiv handeln.

Aber wir werden nicht zulassen, dass der Widerstand gegen die unmenschlichen globalen Verhältnisse aufgehalten oder gar zerschlagen wird. Das sehen wir als unsere Aufgabe an und dafür werden wir jetzt auch verfolgt.

Einige abschließende zu- kunftsweisende Bemerkungen

Wenn wir hier über die Repressionstechniken von BKA und anderen Staatsschutzbehörden so ausführlich berichtet haben, dann nicht mit der Absicht, Angst und Horror zu verbreiten und Leute einzuschüchtern. Sondern wir verstehen diesen Beitrag als Aufforderung, die Bedingungen unter denen wir uns bewegen genau zu studieren. Je besser wir diese Bedingungen kennen, um so sicherer werden wir uns bewegen können - immer auch mit dem Wissen: **»wer sich bewegt, hinterlässt auch Spuren!«** Die Gewissheit alleine: »wir sind moralisch im Recht« und daraus die Folgerung zu

ziehen: »deshalb darf uns nichts geschehen!« wird uns erfahrungsgemäß nicht vor politischer und polizeilicher Verfolgung schützen.

Und, auch wenn vielleicht manches in den Verfahren konstruiert und lächerlich erscheinen mag, sollten wir diesen Angriff nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Wir haben schon ein sehr ernsthaftes Anliegen und das richtet sich gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, und genau das wissen auch die, die uns jetzt angreifen.

Ich will noch aus einer Erklärung der Soli-Gruppen aus Hamburg und Bremen für die § 129a-Verfolgten zitieren. Darin heißt es:

*wir sind nicht „harmlos“;
wir sind nicht „unschuldig“;*

wir kämpfen gegen diese herrschenden Verhältnisse

*wir wollen ein anderes Leben
wir wollen eine andere Welt*

*Es geht uns um eine Welt, in der der Mensch und nicht die ökonomische Rationalität im Mittelpunkt von Denken und Handeln steht. Und um uns in die Kontinuität der Geschichte zu stellen - mit Marx gesprochen:
»Alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«*

In diesen Sinne:

**wir sind alle § 129a!
kein Frieden mit den herrschenden Verhältnissen!
vorwärts! gemeinsam!
und nicht vergessen die Solidarität!**
soweit die SoliGruppen.

Aber lasst mich noch eine persönliche Schlussbemerkung machen:

wir werden diese Angriffe zurückweisen, wenn wir gemeinsam dafür sorgen,
dass der Stein den sie gegen uns erhoben haben, auf ihre eigenen Füße fällt!

**No pasaran!
Sie werden nicht durchkommen!**

Die Beiträge der Veranstaltung „Wir sind alle 129a“ vom 1.11.2007 an der Uni Bremen können unter www.campusradio.uni-bremen.de angehört werden. Ein einstündiger Zusammenschnitt kann außerdem als Audio-CD über den AStA der Uni Bremen bestellt werden.

Vorstellung des AK Bildungspolitik der Uni Düsseldorf

AK Bildungspolitik der Uni Düsseldorf

Wir stellen uns und die derzeitigen Schwerpunkte unserer Arbeit kurz vor, um Möglichkeiten für Zusammenarbeit und Austausch von Erfahrungen zu eröffnen.

Der AK Bildungspolitik hat sich gegründet, um eine kritische Diskussion über das CHE-Ranking anzustoßen, als das Sozialwissenschaftliche Institut an der Heinrich-Heine-Uni Düsseldorf offensiv für eine Teilnahme an der Befragung warb. So haben wir unter anderem eine Podiumsdiskussion mit Befürwortern und Gegnern des CHE und des Rankings organisiert. Die Veranstaltung war gut besucht und die Diskussion sehr lebhaft,

was uns gezeigt hat, dass das Thema für viele relevant ist. Die Verstrickung des Bertelsmann-Komplexes in die (Bildungs-) Politik kann ein sinnvoller Anknüpfungspunkt sein für die Debatte um Ökonomisierung und Privatisierung von Bildung und öffentlichen Bereichen.

Nach unserer Ansicht ist ein bundesweiter Boykott des CHE-Rankings sowohl realistisch als auch nicht schwer zu erreichen. Der Aufruf zu einer positiven Bewertung des eigenen Studiengangs reicht schon aus, um vom Ranking ausgeschlossen zu werden.

Im kommenden Semester wird der AK ein

offenes Seminar zur (materialistischen) Staatstheorie organisieren und will damit sowohl eine kritische Diskussion über den Staat anstoßen als auch alternative Formen der Wissensaneignung vermitteln und ausprobieren.

Außerdem soll in einer Veranstaltungsreihe Wissenschaft zum Thema gemacht werden (Wissenschaft + Macht, Wissenschaft + Ökonomie, Wissenschaft + Alternativen etc.). Im Moment wollen wir als Gruppe vorrangig inhaltlich arbeiten und innerhalb der Veranstaltungen (Gegen-) Informationen und (Gegen-) Positionen zugänglich machen.